

# DJV-NRW Bundestagskandidat:innen-Check: Medienpolitische Forderungen und Ziele zur Bundestagswahl 2021

## 1. Zu Ihrer Person \*

Anzahl Teilnehmer: 37

### 1. Spalte

Vor- und Nachname

- Dieter Koenemann
- Jörg Schlüter
- Rüdiger Warnecke
- Mali Conrad Stötzel
- Anja Liebert
- Nyke Slawik
- Markus Kurth
- Jessica Wessels
- Hans-Peter Weiß
- Alexandra Schoo
- Robin Conrad
- Anna Kipp
- Kim Wiesweg
- Nik Riesmeier
- Dr. Anne-Monika Spallek
- Sabine Grützmacher
- Ingo Stuckmann
- Alexandra Schoo
- Markus Giesler
- Robin Conrad
- Robin Conrad
- Martin Kesztyüs
- Thomas Reinert
- Sven Lehmann
- Franziska Krumwiede-Steiner
- Stefanie Weyland
- Ina Gießwein
- Jan-Niclas Gesenhues
- Bernhard Lammersmann
- Christine Müller-Hechfellner
- Jessica Wessels
- Kai Gehring
- Silvia Vaeckenstedt
- Irene Mihalic
- Maria Klein-Schmeink
- Oliver Krischer
- Katharina Dröge

Partei

- Bündnis 90 / Die Grünen
- Bündnis '90/Die Grünen
- B 90/Die Grünen
- Bündnis 90' Die Grünen
- Bündnis 90/Die Grünen
- Grüne
- Bündnis 90/Die Grünen
- Bündnis 90/Die Grünen
- Bündnis 90/Die Grünen
- B90 / die Grünen
- Grüne
- Bündnis 90/ Die Grünen
- Bündnis 90/Die Grünen
- Bündnis 90/Die Grünen
- Bündnis90/Die Grünen
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Die Grünen
- B90/die Grünen
- FDP
- Grüne
- Bündnis 90/die Grünen
- Bündnis 90 / Die Grünen

- Bündnis 90/Die GRÜNEN
- Bündnis 90 / Die Grünen
- Bündnis 90/Die Grüne
- Bündnis 90/Die Grünen
- Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
- Grüne
- Bündnis 90/Die Grünen
- Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
- Bündnis 90/Die Grünen
- Bündnis90/Die Grünen
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Bündnis 90/Die Grünen
- Bündnis 90/Die Grünen
- Bündnis90/Die Grünen
- Bündnis 90/Die Grünen

Wahlkreis Nr. (Falls Sie keinen Wahlkreis haben, bitte "Landesliste" eintragen.)

- Landesliste
- 137
- 95
- Landesliste
- 102
- 101
- Dortmund I
- 130
- 113
- 124
- 122
- Landesliste
- 125
- 136
- 127
- 99 und Landesliste NRW
- 150
- 124
- 116
- 122
- 122
- 145
- Landesliste NRW
- 94
- 118
- Oberhausen/Dinslaken
- 139
- 128
- 126
- 119
- 130
- 120
- 103
- Gelsenkirchen
- 129
- 87
- Wahlkreis Köln III (Wahlkreis 95)

2. 1. GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN UND BEZAHLUNG DURCH TARIFBINDUNG?

Guter Journalismus ist auf gute Journalist:innen angewiesen. Deshalb muss der Beruf attraktiv bleiben mit guten Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung. Tarifverträge sichern beides. Deshalb ist die Tarifbindung für Medienbetriebe unverzichtbar. \*

Anzahl Teilnehmer: 31

31 (100.0%): Ich stimme zu.

- (0.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



3. 2. KEINE FÖRDERUNG OHNE TARIFBINDUNG?

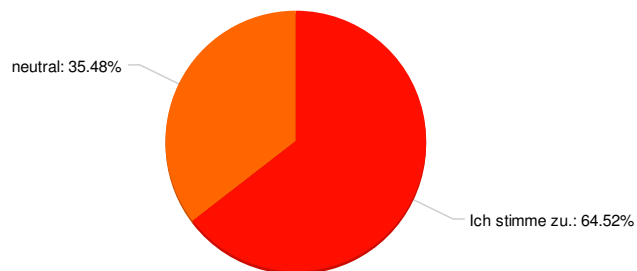
Viele Medienunternehmen haben die Tarifbindung aufgegeben oder unterlaufen sie. Damit schaden sie dem Journalismus. Unternehmen ohne Tarifbindung sollten grundsätzlich nicht mehr gefördert werden und das Umsatzsteuerprivileg verlieren. Befristete Ausnahmen kann es nur für Neugründungen geben. \*

Anzahl Teilnehmer: 31

20 (64.5%): Ich stimme zu.

11 (35.5%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



4. 3. BESSERE BEZAHLUNG FÜR FREIE?

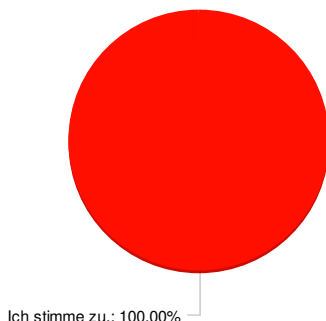
Freie Journalist:innen sind eine wesentliche Säule der Medien. Sie werden aber oft schlecht honoriert. Eine faire Bezahlung für Freie und Vergütungsregeln, die eine angemessene Bezahlung im Sinne des Urheberrechtsgesetzes vorsehen, sind daher unverzichtbar. \*

Anzahl Teilnehmer: 31

31 (100.0%): Ich stimme zu.

- (0.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



5. 4. VERBANDSKLAGERECHT IN DAS URHEBERRECHT?

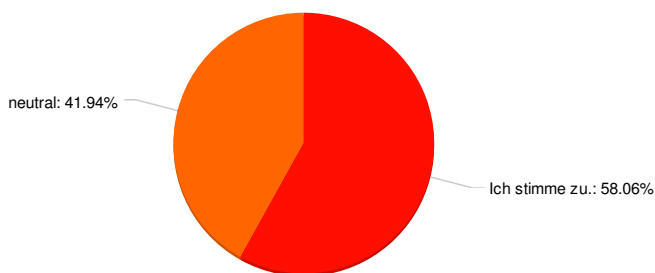
Urheber:innen müssen angemessen vergütet werden. Um die angemessene Vergütung zu gewährleisten, muss ein Verbandsklagerecht als neues Rechtsinstrument in das Urheberrecht aufgenommen werden. Davon profitieren vor allem auch freie Journalist:innen. \*

Anzahl Teilnehmer: 31

18 (58.1%): Ich stimme zu.

13 (41.9%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



6. 5. MEHR SCHUTZ GEGEN BEDROHUNG?

Die Pressefreiheit in Deutschland wird zusehends durch radikale Kräfte bedroht. Angriffe und Drohungen gegen Journalist:innen müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Dafür muss die Politik die Rahmenbedingungen zum Schutz der Kolleg:innen verbessern. \*

Anzahl Teilnehmer: 31

31 (100.0%): Ich stimme zu.

- (0.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



7. 6. BESSERER INFORMANTENSCHUTZ UND EIN UMFASSENDES ZEUGNISVERWEIGERUNGSRECHT?

Um unabhängige Berichterstattung zu gewährleisten ist ein wirksamer Informantenschutz unabdingbar. Journalist:innen brauchen ein umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht. Nachrichten und Telefongespräche von Journalist:innen dürfen von staatlichen Stellen nicht mitgelesen oder abgehört werden. \*

Anzahl Teilnehmer: 31

31 (100.0%): Ich stimme zu.

- (0.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



8. 7. BUNDESWEITES FÖRDERPROGRAMM FÜR LOKAL- UND REGIONALJOURNALISMUS?

Die Medienvielfalt ist vor allem auf lokaler und regionaler Ebene gefährdet. Es wird ein bundesweites Förderprogramm für lokalen und regionalen Journalismus eingerichtet, um Recherchen, Produktionen und Innovationen sowie Aus- und Weiterbildung zu unterstützen. Die Förderung muss staatsfern organisiert werden und auf Basis formaler Qualitätsstandards allen Verbreitungswegen offenstehen. \*

Anzahl Teilnehmer: 31

30 (96.8%): Ich stimme

zu.

1 (3.2%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht

zu.



9. 8. MEHR PERSPEKTIVEN FÜR UNSERE RADIOS IN DER DIGITALISIERUNG?

Der Audiomarkt ist so zu gestalten, dass lokale und regionale Radiosender Perspektiven in der digitalen Zukunft haben. Ihre spezielle Informationsleistung muss durch Förderprogramme, bevorzugte Auffindbarkeit auf allen Verbreitungswegen unterstützt werden. Organisationsformen, die gesellschaftliche Partizipation und publizistische Vielfalt ermöglichen (z.B. Zwei-Säulen-Modell NRW, freie Radios, nicht kommerzielle Audioangebote) sind zu erhalten und zu stärken. \*

Anzahl Teilnehmer: 31

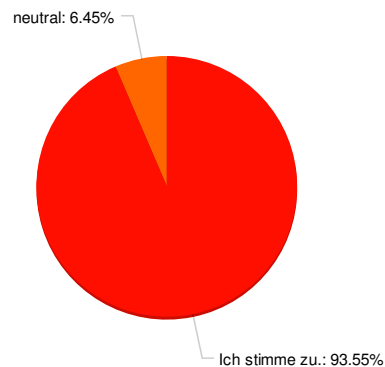
29 (93.5%): Ich stimme

zu.

2 (6.5%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht

zu.



#### 10. 9. DEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK STÄRKEN?

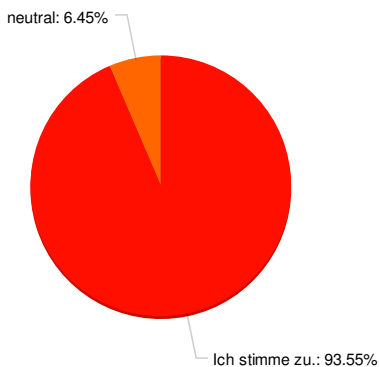
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unerlässlich für unserer Demokratie. Dieser muss deshalb in seiner bestehenden Form erhalten bleiben. Er ist auskömmlich zu finanzieren, um Qualitätsstandards zu garantieren. Die entsprechenden Empfehlungen der unabhängigen KEF<sup>1</sup> zur Anpassung der Rundfunkgebühren sind deshalb in voller Höhe umzusetzen. \*

Anzahl Teilnehmer: 31

29 (93.5%): Ich stimme zu.

2 (6.5%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



#### 11. 10. TENDENZSCHUTZ ABSCHAFFEN?

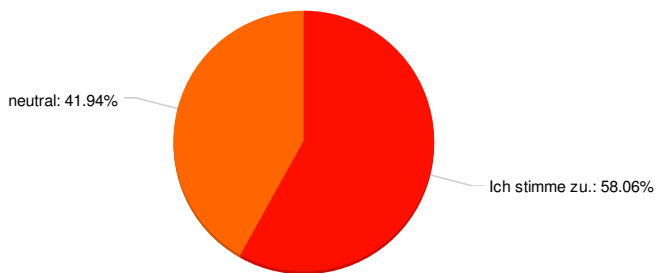
Der Tendenzschutz für Medienunternehmen ist nicht mehr gerechtfertigt und muss abgeschafft, zumindest aber deutlich eingeschränkt werden. Das stärkt die Mitbestimmung und schafft Transparenz. \*

Anzahl Teilnehmer: 31

18 (58.1%): Ich stimme zu.

13 (41.9%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



12. Angenommen, Sie werden gewählt und ziehen in den Bundestag ein. Für welche Forderungen und Ziele auf der vorherigen Seite würden Sie sich (als erstes) stark machen? \*

Anzahl Teilnehmer: 31

21 (67.7%): Gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung durch Tarifbindung

2 (6.5%): Keine Förderung ohne Tarifbindung

10 (32.3%): Bessere Bezahlung für Freie

1 (3.2%): Verbandsklagerecht in das Urheberrecht

23 (74.2%): Mehr Schutz gegen Bedrohung

7 (22.6%): Besserer Informantenschutz und ein umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht

15 (48.4%): Bundesweites Förderprogramm für Lokal- und Regionaljournalismus

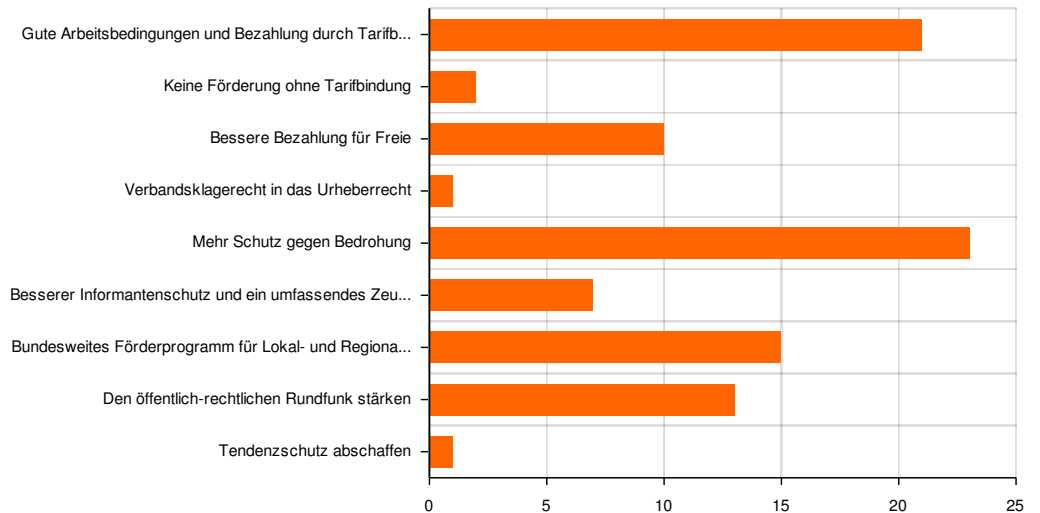
- (0.0%): Mehr Perspektiven für unsere Radios in der Digitalisierung

13 (41.9%): Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken

1 (3.2%): Tendenzschutz abschaffen

- (0.0%): Ich bin mir unsicher.

- (0.0%): Ich strebe die Umsetzung keiner der aufgelisteten Forderungen und Ziele an.



13. Abschließend: Haben Sie weitere medienpolitische Ziele, die sie gemeinsam mit den Abgeordneten im Bundestag umsetzen wollen?

Gibt es außerdem noch etwas, das Sie uns und unseren journalistischen Kolleg:innen vor der Bundestagswahl am 26. September mitteilen möchten?

Anzahl Teilnehmer: 12

- Ich wünsche mir mehr inhaltsorientierte politische Berichterstattung. Die Tendenz zur Personalisierung ist zwar wahrscheinlich kaum umkehrbar, aber wünschen darf man sich ja etwas. Man hat den Eindruck, dass unter dem Rationalisierungs- und Einsparndruck viele Journalist\*innen den einfachen Weg gehen und über die persönlichen



Eigenschaften etc. von Spitzenkandidat\*innen schreiben oder sprechen, jedoch dieses vom Umfang her in keinem Verhältnis zu den von den Wähler\*innen zu entscheidenden Inhalten steht.

- Neben Schutz vor Bedrohung und Whistleblower-Schutz sollte auch über Möglichkeiten der steuerrechtlichen Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Journalismus (Zweck des gewinnzweckfreien Journalismus) nachgedacht werden.
- Ich halte den öffentlichen Rundfunk für sehr wichtig, aber Berichte sind oft (sehr) einseitig. Das ist zunächst eine Feststellung und vielleicht oft einfach menschlich. Aber es ärgert mich auch immer wieder, weil es einfache Lösungen gibt.

Folgende Vorschläge daher:

1) Kritikseite einführen: Am Ende eines Berichtes, sollten Zuschauer und Verbände (begründete) Kritik anbringen können, die wesentlichen Kritikpunkte sollten dann auch in der Mediathek aus Transparenzgründen kurz&knapp veröffentlicht werden (sonst liest es wieder keiner).

Beispiel: Der Wegfall von 80.000 Arbeitsplätzen durch den Einbruch der Solarindustrie (2014/15) ist von den öffentlich-rechtlichen komplett verschwiegen worden. Ebenso der Wegfall von 50.000 Arbeitsplätzen in der Windbranche (2017/18).

Wir hatten entsprechende Leserbriefe und Artikel an alle großen Medienhäuser geschickt - ohne jegliche Resonanz. Sofern es bei den öffentlich rechtlichen Medien politische Zwänge gibt, bestimmte Dinge nicht zu thematisieren (den Eindruck hatten wir), sollten sie über eine solche "Kritikseite" wenigstens Kritik transparent akzeptieren.

2) "Klimaschutz rechnet sich"

In fast jeder Talkshow der letzten Monate wird die Frage gestellt "Klimaschutz - wer soll das bezahlen?" und meist nicht beantwortet. In Fachkreisen (Energiesystem-Modelle) ist es jedoch seit Jahren Konsens, dass ein klimaneutrales Land / Europa / Welt sogar günstiger wird (siehe endlich im Spiegel 9.7.21 "der Traum vom klimaneutralen Europa...Nettonull Emissionen gibt es zu Nettonull-Kosten" (McKinsey). Seit 2017 sind Wind und Sonne die günstigsten Energiequellen (Quelle: Bundesnetzagentur). Die Kostenfalle ist Geschichte. Die korrekte Formulierung ist seit Jahren: "Erneuerbare Energien sind heute schon günstiger. Klimaschutz rechnet sich. Es gibt keine Ausreden mehr." Ich halte es für ein historisches Versagen der Presse, weiterhin unreflektiert an der längst überholten "Kostenfalle" (zu teuer, können wir uns nicht leisten) festzuhalten und damit Klimaschutz zu verhindern.

3) Klima-gerechte Berichterstattung: Der Vorschlag ist, dass Journalismus bei allen Berichten immer auch die Klimafolgen beschreibt und die Kosten dafür (meist gilt: "Klimaschutz rechnet sich"). Und genau hier ist wieder die "Kritikseite" wichtig.

4) KURZINFO: Oft fehlen uns die Hintergründe, um gerade politische Abstimmungen beurteilen zu können. Daher wäre es wünschenswert, zu jeder politischen Debatte in der Mediathek eine 1-seitige KURZINFO zu erstellen, dann darunter die Meinungen der Parteien im Twitterstil (140 Zeichen), gerne mit link auf Positionspapiere. Und auch diese KURZINFOS gerne wieder mit einer "Kritikseite" versehen.

Trotz dieser teils erheblichen Kritikpunkte, bin ich jedoch sehr froh, dass wir einen öffentlich rechtlichen Rundfunk haben.

- Meine medienpolitischen Ziele decken sich mit den abgefragten Forderungen des DJV.

Ich danke den Journalist\*innen für ihre Arbeit. Ohne die unabhängige und umfassende Berichterstattung des Journalismus wäre Demokratie nicht möglich. Das darf die Politik bei ihren Entscheidungen niemals vergessen.

- Fair miteinander umzugehen ist die Basis für das Vertrauen, was es braucht, um nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen zu müssen.
- Kritischer und unabhängiger Journalismus ist eine tragende Säule unserer Demokratie. Wir GRÜNE stehen zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle, genauso wie für Qualität und Vielfalt der privaten und Non-Profit-Medienlandschaft. Lokale Medien brauchen eine mit den Ländern abgestimmte, staatsfern organisierte Förderung. Qualitätsjournalismus braucht deutlich bessere Rahmenbedingungen, etwa durch Verbesserungen bei Quellenschutz und Auskunftsansprüchen oder die Einführung einer KSK-Beitragspflicht für Medienplattformen. Gemeinnütziger Journalismus braucht Rechtssicherheit.
- Ich würde gerne einen unabhängige Stelle für Faktenchecks und gegen FakeNews schaffen, die neutral und finanziell gut ausgestattet ist um Journalist\*innen, aber auch Bürger\*innen die Chance zu bieten Meldungen auf Richtigkeit prüfen zu können.
- Kritischer und unabhängiger Journalismus ist eine tragende Säule unserer Demokratie. Wir stehen zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle, genauso wie für Qualität und Vielfalt der privaten und Non-Profit-Medienlandschaft. Lokale Medien brauchen eine mit den Ländern abgestimmte, staatsfern organisierte Förderung. Qualitätsjournalismus braucht deutlich bessere Rahmenbedingungen, etwa durch Verbesserungen bei Quellenschutz und Auskunftsansprüchen oder die Einführung einer KSK-Beitragspflicht für Medienplattformen. Gemeinnütziger Journalismus braucht Rechtssicherheit.
- Für mich persönlich tatsächlich wichtig ist die Bewahrung der Unabhängigkeit der Medien. Ich möchte keine Beeinflussung des öffentlich-rechtlichen Programms durch politische Ak-teur\*innen und damit keine Steierfinanzierung.

- Journalist\*innen müssen frei, unabhängig, kritisch und gründlich recherchieren resp. arbeiten können. Das zeichnet Journalismus im demokratischen Rechtsstaat aus. Der Rahmen dafür ist politisch zu setzen, u.a. durch Maßnahmen zur Verbesserung des Quellenschutzes und der Stärkung des Auskunftsanspruchs.
- Kritischer und unabhängiger Journalismus ist eine tragende Säule unserer Demokratie. Wir stehen zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle, genauso wie für Qualität und Vielfalt der privaten und Non-Profit-Medienlandschaft. Lokale Medien brauchen eine mit den Ländern abgestimmte, staatsfern organisierte Förderung. Qualitätsjournalismus braucht deutlich bessere Rahmenbedingungen, etwa durch Verbesserungen bei Quellenschutz und Auskunftsansprüchen oder die Einführung einer KSK-Beitragspflicht für Medienplattformen. Gemeinnütziger Journalismus braucht Rechtssicherheit.
- Kritischer und unabhängiger Journalismus ist eine tragende Säule unserer Demokratie. Wir stehen zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle, genauso wie für Qualität und Vielfalt der privaten und Non-Profit-Medienlandschaft. Lokale Medien brauchen eine mit den Ländern abgestimmte, staatsfern organisierte Förderung. Qualitätsjournalismus braucht deutlich bessere Rahmenbedingungen, etwa durch Verbesserungen bei Quellenschutz und Auskunftsansprüchen oder die Einführung einer KSK-Beitragspflicht für Medienplattformen. Gemeinnütziger Journalismus braucht Rechtssicherheit.